

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend einige Beiträge zu den Kriegen
in der Ukraine und in Westasien.

1. NYT: "If I shut my eyes, I can see everything from my old life."

2. Der Spiegel: Ukrainekrieg

Russische Frauen bitten Verteidigungsminister, ihre Männer von der Front zu holen

3. BR: Putins Angebot: Warum verhandelt der Westen nicht?

4. RAND: USA - Eskalation in der Ukraine braucht Plan

5. FR: Trotz China-Blockade bei Friedenskonferenz:

Scholz macht Hoffnung auf Ende im Ukraine-Krieg

6. IPPNW: Stellungnahme des Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine«

zur geplanten Friedenskonferenz in der Schweiz

7. KSTA: Avi Primor zur Lage in Israel

„Die Mehrheit glaubt Netanjahu kein Wort“

8. IPG: Alon Liel: Mehr als Symbolpolitik

9. Tagesspiegel: Er hat das sehr clever gemacht:

Wie realistisch ist Bidens Plan für Nahost?

10. WiWo: Krieg in Nahost

Hamas fordert von Israel Bekenntnis zu Waffenstillstand

11. Connection: 41 israelische Reservesoldat*innen verweigern ihre Beteiligung an der militärischen Invasion von Rafah

1. NYT: "If I shut my eyes, I can see everything from my old life."

<https://www.nytimes.com/interactive/2024/06/03/world/europe/ukraine-destruction.html>

New York Times, 3.6.2024

"If I shut my eyes, I can see everything from my old life."

Jeffrey Gettleman, Marco Hernandez, Finbarr O'Reilly, Tim Wallace

(...) Auf der Grundlage einer detaillierten Analyse jahrelanger Satellitendaten haben wir eine Aufzeichnung jeder Stadt, jeder Straße und jedes Gebäudes erstellt, das auseinandergesprengt wurde. Das Ausmaß ist schwer zu begreifen.

In der Ukraine wurden mehr Gebäude zerstört, als wenn jedes Gebäude in Manhattan viermal dem Erdboden gleichgemacht würde.

Teile der Ukraine, die Hunderte von Kilometern voneinander entfernt sind, sehen aus wie Dresden oder London nach dem Zweiten Weltkrieg oder Gaza nach einem halben Jahr Bombardierung.

Um diese Schätzungen zu erstellen, arbeitete die New York Times mit zwei führenden Fernerkundungswissenschaftlern, Corey Scher vom City University of New York Graduate Center und Jamon Van Den Hoek von der Oregon State University, zusammen, um Daten von Radarsatelliten zu analysieren, die kleine Veränderungen in der gebauten Umwelt erkennen können. (...)

Mehr als 900 Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und andere Einrichtungen wurden beschädigt oder zerstört, wie die Analyse zeigt, obwohl diese Stätten ausdrücklich durch die Genfer Konventionen geschützt sind.

siehe auch:

<https://www.nytimes.com/2024/06/04/world/europe/ukraine-strikes-russia-western-weapons.html?smid=nytcore-ios-share&referringSource=articleShare&sgrp=c-cb>

Die Ukraine greift mit westlichen Waffen in Russland ein, sagt ein Beamter

Der Beamte sagte, die Ukraine habe Raketenwerfer in der russischen

Region Belgorod mit einem in Amerika hergestellten Raketensystem zerstört.

(...)

— —

2. Der Spiegel: Ukrainekrieg

Russische Frauen bitten Verteidigungsminister, ihre Männer von der Front zu holen

<https://www.spiegel.de/ausland/russland-frauen-bitten-verteidigungsminister-ihre-maenner-von-der-front-zu-holen-a-db120230-0cb6-413d-9b6e-e6dac4f21615>

3.6.2024

Ukrainekrieg

Russische Frauen bitten Verteidigungsminister, ihre Männer von der Front zu holen

Immer wieder gehen Frauen in Russland für die Heimkehr ihrer Soldatenmänner auf die Straße.

Nun wollen sie den neuen Verteidigungsminister sprechen.

04.06.2024, 08.10 Uhr

Ein Dutzend Frauen haben vor dem russischen Verteidigungsministerium die Rückkehr ihrer Männer von der Front gefordert. Gemeinsam mit Kindern versammelten sich die Angehörigen, meist Ehefrauen von russischen Soldaten, die im Herbst 2022 einberufen worden waren und seither immer noch an der Front sind, in einer Mahnwache vor dem Gebäude in Moskau.

Ihre Forderung: ein Treffen mit dem neuen Verteidigungsminister Andrej Beloussow, um über die Rückkehr ihrer Männer von der Front zu sprechen.

In den Händen hielten die Frauen Plakate mit Aufschriften wie »Bitte bringt meinen Vater nach Hause« oder »Eines Tages müssen wir sie nach Hause bringen«. Das letzte Plakat ist ein direktes Zitat von Putin über eingezogene Soldaten.

Einige trugen auch T-Shirts mit der Aufschrift »Es ist die Zeit für Mobilisierte, nach Hause zu kommen«. Bilder der Veranstaltung, die aus persönlichen Telegram-Kanälen der Frauen stammen, machten am Montag in unabhängigen russischen Medien die Runde.

Statt mit Beloussow sprechen zu können, wurden die Frauen von der eintreffenden Polizei zunächst mit Festnahmen für die nicht angemeldete Demonstration bedroht. »Es ist Krieg, was wollt ihr?«, fragte sie etwa ein Polizist. »Wir wollen Gerechtigkeit«, antworteten mehrere Frauen gleichzeitig.

Zu Festnahmen kam es an diesem Tag nicht. Wie eine der Teilnehmerinnen der Aktion dem unabhängigen russischen Medium Agentstwo berichtete, kam eine Stunde nach Beginn der Aktion ein Vertreter des Verteidigungsministeriums aus dem Gebäude und versprach, die Frauen ins Ministerium zu lassen, und bat sie, die Plakate zu entfernen. Die Frauen willigten ein.

Eine Teilnehmerin der Aktion teilte in ihrem Telegram-Kana mit, dass den Ehefrauen versprochen worden sei, dass sie in das Gebäude des Verteidigungsministeriums eingelassen würden, aber am Ende seien sie »betrogen« worden. »Wir werden weiter für unsere Männer kämpfen«, sagte sie.

Am Freitag war die größte Frauenbewegung für die einberufenen Soldaten, »Der Weg nach Hause«, deren Telegram-Kanal inzwischen über 60.000 Mitglieder hat, als »ausländischer Agent« gebrandmarkt worden.

Es war wohl ein Versuch, die Frauen zum Schweigen zu bringen. Teilweise gelang das: An der Demonstration am Montag nahmen angeblich nur Frauen teil, die nicht Mitglieder dieser Gruppe waren.

3. BR: Putins Angebot: Warum verhandelt der Westen nicht?

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/putins-angebot-warum-verhandelt-der-westen-nicht,UELgcHF>

01.06.2024, 07:38 Uhr

Putins Angebot: Warum verhandelt der Westen nicht?

Der russische Machthaber Wladimir Putin ist bereit, über eine Waffenruhe in der Ukraine zu verhandeln. Der Westen nimmt das Angebot jedoch nicht ernst, will die Ukraine sogar noch intensiver militärisch unterstützen. Warum?

Von Adrian Dittrich Dominic Possoch

Auf dem Weg zum Frieden im Ukraine-Krieg? Wladimir Putin ist laut Kreml zumindest für die Möglichkeit eines Waffenstillstands offen. Der Westen ignoriert jedoch das Angebot, will stattdessen der Ukraine erlauben, mit westlichen Waffen auch russisches Gebiet anzugreifen.

Denn die Ukraine befindet sich im Krieg gegen die russischen Invasionstruppen aktuell in einer schwierigen Phase und wird bei Charkiw von russischem Staatsgebiet aus angegriffen.

"Tatsächlich sitzt der Westen in einer Grube, weil er es nicht hingekriegt hat, die Versorgung, Artillerie, Raketen, Luftverteidigung, all diese Dinge vernünftig auf die Reihe zu bekommen", sagt Militärexperte Ralph Thiele im BR24-Interview für "Possoch klärt" (Video unten).

Es stellt sich also die Frage: Warum erwägt der Westen in einer schwierigen Kriegsphase, nicht doch Verhandlungen mit Russland über einen Waffenstillstand?

Verhandlungen über Waffenruhe: "Erst wenn Erschöpfungszustand eintritt"

Die Bereitschaft beider Kriegsparteien zu verhandeln komme erst, "wenn der Erschöpfungszustand eintritt, wenn der Stellungskrieg anhält und es kaum mehr Frontverschiebungen gibt", sagt Politikwissenschaftler

Gerhard Mangott. Aktuell ist die Ukraine mit ihren vom Westen zur Verfügung gestellten militärischen Mittel nur in der Lage, die Frontlinie zu halten, jedoch nicht das von Russland besetzte Gebiet zurückzuerobern.

Offiziell heiße es immer, die Voraussetzung für Verhandlungen bestimme die Ukraine. Doch in Wahrheit entscheide der Westen mit der Art und Anzahl der Waffen, die er liefert oder nicht liefert, was die Ukraine am Ende wirklich erreichen kann.

In dem Punkt "gibt es großen Dissens innerhalb des westlichen Lagers, was das sein soll", sagt Mangott. Wenn nicht alle russischen Besatzungstruppen besiegt werden sollen, würde auch ein weniger ambitioniertes Ziel zum Waffenstillstand führen.

Putin "möchte Ruhe an der Front"

Aktuell erzielen die russischen Invasionstruppen in der Ukraine unter großem Aufwand und schweren Verlusten Geländegewinne an der Front, bisher jedoch nicht von kriegsentscheidender Tragweite. Die Bereitschaft Putins für einen Waffenstillstand könnte laut dem früheren Oberst Thiele darauf hinweisen, dass der russische Präsident jetzt erstmal Ruhe an der Front haben möchte.

Mit der Krim, dem Donbass und dem Verbindungsabschnitt zwischen den beiden Gebieten sei Putin schon dicht am Ziel. "Von daher fragt er sich eben: [...] Teste ich doch mal den Wasserstand, ob die anderen mitmachen bei einem Waffenstillstand", sagt Thiele.

(...)

"Frieden muss man eben mit Feinden schließen"

Mitte Juni soll es in der Schweiz eine Friedenskonferenz [externer Link] für die Ukraine geben. Angekündigt sind 70 Staaten, 160 Delegationen, unter ihnen mehrere G7-Staats- und Regierungschefs. Russland ist jedoch nicht eingeladen.

Sollten beide Parteien ernsthaft an Frieden interessiert sein, müsste man trotz des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs und vieler Kriegsverbrechen auch eines Tages mit Russland reden, sagt Mangott.

"Frieden muss man eben auch mit Feinden schließen können, auch mit

absolut widerwärtigen Feinden, wie es eben die russische Führung im Augenblick ist." Wenn eine Partei den Eindruck erwecke, dass man die andere Seite nicht als legitimen Gesprächspartner anerkenne, dann sei jede Verhandlungslösung nicht erreichbar.

Türkei oder China als Sicherheitsgarant für Frieden?

Bei einem möglichen Frieden zwischen Russland und der Ukraine braucht es laut Ralph Thiele einen Sicherheitsgaranten, der mächtig genug ist, dass er beiden Parteien Respekt einflößt. Die USA kommen dafür nach Meinung des Militärexperten nicht infrage, eher Staaten wie China oder die Türkei, die nach wie vor Beziehungen zu beiden Seiten pflegen. (...)

— —

4. RAND: USA - Eskalation in der Ukraine braucht Plan

<https://www.rand.org/pubs/commentary/2024/06/us-escalation-in-ukraine-needs-a-plan.html>

USA - Eskalation in der Ukraine braucht Plan

Kommentar

3. Juni 2024

Von Samuel Charap und Jeremy Shapiro

Dieser Kommentar erschien ursprünglich am Washington Post 3. Juni 2024.

Die Entscheidung der Biden-Regierung, den Einsatz von US-Waffen durch die Ukraine zu genehmigen, um Ziele in Russland anzugreifen, ist, wie Präsident Biden sagen könnte, eine große Sache.

Die Ukrainer argumentieren, dass diese Änderung die Offensive des Kremls in der Region Charkiw entgleisen und vielleicht sogar das Blatt des Krieges wenden wird. Russische Beamte und Propagandisten behaupten, es sei eine große Eskalation und haben gedroht, direkt auf die Vereinigten Staaten oder ihre Verbündeten zurückzuschlagen.

Beide Behauptungen dürften sich als hohl erweisen. Aber diese

Entscheidung ist dennoch folgend, wenn auch aus einem anderen Grund: Sie markiert eine weitere Wendung einer Tit-for-tat-Spirale, die kontinuierlich das Risiko eines breiteren Krieges erhöht hat, ohne einen Weg zu bieten, diesen zu beenden.

Dies ist nicht das erste Mal, dass die Vereinigten Staaten unter dem Druck der Ukraine und der westlichen Verbündeten eine Schwelle überschreiten, die zuvor als zu eskalierend galt. Vergangene Entscheidungen über HIMARS-Trägerraketen, Streubomben, Langstreckenmunition und F-16 wurden auch von vermeintlichen russischen Gewinnen auf dem Schlachtfeld angetrieben.

(...) Vergangene Beweise deuten auch darauf hin, dass Russland nicht dramatisch eskalieren wird, nur weil die Vereinigten Staaten ein neues Waffensystem bereitstellen oder die Beschränkungen für ein bestehendes lockern.

Russland gewinnt relativ gesehen den Krieg im Moment, so dass es unwahrscheinlich ist, dass Präsident Wladimir Putin das Risiko eingehen wird, einen direkten Konflikt mit den Vereinigten Staaten und seinen Verbündeten zu provozieren.

Moskau könnte gut reagieren, aber es ist wahrscheinlich, dass es dies indirekt oder asymmetrisch tun wird, anstatt nächste Woche eine Rakete in eine europäische Hauptstadt abzufeuern.

Das wirkliche Problem mit Bidens Entscheidung ist, dass Washington wieder einmal einen großen Politikwechsel wiederholt gemacht hat - als Reaktion auf Russlands militärische Schritte und nicht als Teil einer umfassenderen Strategie zur Beendigung des Krieges.

Die Russen werden weiter vorgehen, und in drei oder sechs Monaten könnten sich die Vereinigten Staaten wieder hier wiederfinden, unter einer ähnlichen ukrainischen und verbündeten Druckkampagne, die versucht ist, ihre nächste Schwelle zu durchbrechen, um zu versuchen, den negativen Verlauf umzukehren.

Wie Außenminister Antony Blinken es ausdrückte: „Wir werden weiterhin das tun, was wir getan haben, was sich bei Bedarf anpasst und anpasst.“

Aber Anpassung und Anpassung stellen keine Strategie dar, und eine reaktive Eskalation ohne eine Strategie ist keine vernünftige Politik. Eskalierende US-Beteiligung an diesem Konflikt - oder jeden Konflikt - sollte sich von einer Idee leiten lassen, wie man den Krieg beenden

kann.

In diesem Fall hätte dies das Demo erforderlich gemacht, dass ukrainische Angriffe innerhalb Russlands mit US-Systemen Teil einer integrierten Strategie zur Beendigung des Krieges zu beenden, der für die Ukraine und die Vereinigten Staaten günstig sind.

Dieses Ende wird, wie die Verwaltung selbst wiederholt erklärt hat, am Verhandlungstisch kommen. In einem Verhandlungsprozess können Zwangsmaßnahmen als Hebel verwendet werden. Sie erheben Militärkosten für Ihren Gegner mit dem Ziel, sie dazu zu bringen, zu tun, was Sie wollen, nicht nur, um ihrem neuesten Manöver entgegenzuwirken.

Aber die Ukraine und der Westen haben keine Anzeichen dafür gezeigt, bereit zu sein, mit Russland zu verhandeln. Und die Verhängung von Kosten ohne einen Verhandlungsprozess macht eine weitere Eskalation unvermeidlich. Wie Thomas Schelling, der Guru des militärischen Zwanges, bemerkte:

"Wenn der Schmerz [unserer Feindes] unsere größte Freude und unsere Zufriedenheit sein größtes Leid wäre, würden wir einfach weitermachen, um uns gegenseitig zu verletzen und zu frustrieren."

Diese Spiraldynamik - unerbittlicher russischer Aggression und ständig wachsender westlicher militärischer Unterstützung für die Ukraine, um Moskaus Schwung entgegenzuwirken, hat fast zweieinhalb Jahre zugenommen.

Ohne einen Verhandlungsprozess könnte es noch Jahre anhalten. Und eines Tages könnte die eine oder andere Seite endlich über eine tatsächliche rote Linie stolpern, was genau zu der großen Eskalation führen könnte, die die Biden-Regierung zu vermeiden versucht hat.

In der Zwischenzeit wird die Ukraine weiterhin leiden und die Kosten des Krieges im Westen werden weiter steigen. Es muss einen besseren Weg geben, um den folgenreichsten militärischen Konflikt seit einer Generation zu bewältigen.

Samuel Charap ist angesehener Vorsitzender für Russland und Eurasienspolitik bei RAND.

Jeremy Shapiro ist Forschungsdirektor des

European Council on Foreign Relations.

— —

5. FR: Trotz China-Blockade bei Friedenskonferenz:

Scholz macht Hoffnung auf Ende im Ukraine-Krieg

<https://www.fr.de/politik/friedenskonferenz-russland-china-scholz-ukraine-krieg-ende-schweiz-selenskyj-friedensformel-zr-93111902.html>

Trotz China-Blockade bei Friedenskonferenz:

Scholz macht Hoffnung auf Ende im Ukraine-Krieg

Stand: 05.06.2024, 16:01 Uhr

Von: Tadhg Nagel

In der Schweiz findet ein Gipfel über ein Ende des Ukraine-Kriegs statt. Für Olaf Scholz Grund zur Hoffnung - obwohl China und Russland fehlen werden.

Berlin – Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat zugesichert, dass Deutschland die Ukraine weiterhin in hohem Maße unterstützen wird. Gleichzeitig machte er Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Ukraine-Kriegs – auch mit Blick auf die Friedenskonferenz in der Schweiz am 15. und 16. Juni.

(...)

Zu den eingeladenen Gästen gehört auch China. Doch entgegen dem Wunsch westlicher Unterstützer der Ukraine ist eine Teilnahme der Nation derzeit nahezu ausgeschlossen. Am 31. Mai hatte Peking erklärt, dass man nicht zur Konferenz erscheinen werde.

„Die Vorbereitungen für das Treffen bleiben weit hinter den Forderungen Chinas und den allgemeinen Erwartungen der internationalen Gemeinschaft zurück, was eine Teilnahme Chinas erschwert“, so der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning. Das berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Zu diesen Erwartungen zählt eine Teilnahme sowohl Russlands als auch der Ukraine.

Obwohl die Schweiz für den Gipfel eine breite Beteiligung anstrebt, wurde Moskau nicht eingeladen. „Russland wurde zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeladen“, hieß es Anfang Mai aus dem Außenministerium der Schweiz.

Das liege daran, dass eine Teilnahme von Russland mehrfach abgelehnt worden sei. Trotzdem sei man „überzeugt, dass Russland im Verlauf dieses Prozesses miteinbezogen werden muss. Ein Friedensprozess ohne Russland ist undenkbar“, so das Außenministerium weiter.

Als Grund der Ablehnung hat Moskau wiederholt angeführt, dass die Friedensformel des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Grundlage der Verhandlungen sein soll. Sie war im Herbst 2022 bei den Vereinten Nationen vorgestellt worden.

Zu den Forderungen Kiews gehören das Bestrafen von Aggression, das Garantieren von Sicherheit sowie die Wiederherstellung der territorialen Integrität. Russland lehnt dies ab und verweist stattdessen auf das Zwölf-Punkte-Papier Pekings, das vor mehr als einem Jahr vorgestellt wurde. Es enthielt allgemeine Grundsätze für die Beendigung des Krieges, ohne jedoch auf Einzelheiten einzugehen.

Laut einem Bericht der britischen Rundfunkanstalt BBC könnte es aber noch einen weiteren Grund geben, weshalb Moskau angekündigt hat, dem Treffen fernbleiben zu wollen. Russland, so heißt es dort, sei wütend auf die Schweiz, weil diese Sanktionen verhängt habe.

Etwa 14 Milliarden Dollar (ca. 12,8 Milliarden Euro) an russischen Vermögenswerten wurden eingefroren. Auch die Direktflüge nach Russland wurden eingestellt. Bereits Ende letzten Jahres behauptete der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gennadi Gatilow, in der Folge, die Schweiz habe ihre Neutralität aufgegeben. Sie sei daher kein geeigneter Ort für Friedensgespräche.

6. IPPNW: Stellungnahme des Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine«

zur geplanten Friedenskonferenz in der Schweiz

<http://news.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Stellungnahme-Ukraine-Konferenz-mit-logos.pdf>

5. Juni 2024

Stellungnahme des Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine«

zur geplanten Friedenskonferenz in der Schweiz

Für den 15. und 16. Juni 2024 hat die Schweiz auf Ersuchen der Ukraine zu einer internationalen Konferenz in der Nähe von Luzern eingeladen. Die Konferenz soll ein »gemeinsames Verständnis für einen möglichen Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine« entwickeln.

Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 80 Staaten werden erwartet, darunter mit Ländern wie Indien und Brasilien auch solche, die sich schon seit Längerem für eine Verhandlungslösung des Konflikts einsetzen.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis »Stoppt das Töten in der Ukraine!« begrüßt die geplante Konferenz im Juni 2024.

Wir begrüßen alle Schritte, die zu einem Ende des Tötens, des Leides und der Zerstörung führen können. Die Konferenz kann ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Waffenstillstand, einer Verhandlungslösung und einem Ende des Tötens im Ukrainekrieg sein.

Die Friedensforschung zeigt (vgl. etwa Inclusive Peace: Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine), dass die meisten zwischenstaatlichen Konflikte auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden. Damit das gelingen kann, sind umfassende Vorbereitungen und gegenseitiger Vertrauensaufbau nötig.

Russland wurde zu der Ukraine-Konferenz in der Schweiz nicht

eingeladen. Offiziell wird dies damit begründet, dass eine Teilnahme durch Moskau an diesem Verhandlungsformat bereits vorab unmissverständlich abgelehnt wurde.

Wir halten eine Einbindung von Russland für zentral. Das haben auch China und Brasilien am 23. Mai 2024 in einer gemeinsamen Erklärung betont, in der sie fordern, Prinzipien zur Deeskalation einzuhalten und einen direkten Dialog zu führen, sowie eine Friedenskonferenz abzuhalten, an der alle Parteien gleichberechtigt teilnehmen. Für die Konferenz in der Schweiz und für künftige Formate ist auch die Teilnahme von China sehr wichtig.

Als zivilgesellschaftliche Organisationen mit vielfältiger Erfahrung in der Friedensarbeit halten wir für den Friedensprozess einige weitere Faktoren für notwendig:

- Bereits jetzt zeigt sich, dass dank der Initiative der Schweiz eine Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg nicht länger als »unmöglich« bezeichnet wird. Das ist eine wichtige und überfällige Veränderung im politischen Diskurs. Die Bundesregierung sollte öffentlich immer wieder deutlich machen, dass sie eine diplomatische Lösung für nötig und möglich hält, und auch unabhängig von der Konferenz in der Schweiz Verhandlungsinitiativen ergreifen und unterstützen.
- Die Erwartungen an die Konferenz – sowohl von Seiten der Politik als auch von Medien und Öffentlichkeit – sollten nicht zu hoch gesteckt werden. Um diplomatische Ergebnisse zu erzielen, wird ein weiterer intensiver Austausch nötig sein. Zunächst müssen gemeinsame Sprachregelungen und Verhandlungsthemen gefunden und Vertrauen aufgebaut werden.
- Um den folgenden Prozess klar zu strukturieren, halten wir es für nötig, frühzeitig eine Folgekonferenz noch im Jahr 2024 zu vereinbaren und gleichzeitig – wie von China und Brasilien angeregt – alle Beteiligten zur Deeskalation aufzufordern und die Ukraine und Russland von Beginn an gleichermaßen einzubinden.
- Es finden laufend Gespräche zwischen der Ukraine und Russland statt – etwa zum Gefangenenaustausch. Wir finden es begrüßenswert, dass ein Ziel der Konferenz offenbar ist, derartige Formen der Kooperation zu fördern.
- Die ukrainische »Friedensformel«, die offenbar eine Grundlage der Konferenz sein soll, ist nachvollziehbar und völkerrechtlich angemessen. Dennoch ist es wichtig, dass ein Friedensprozess eine Verhandlungslösung zum Ziel hat und nicht die vollständige

Durchsetzung der Interessen der Ukraine. Für eine gelingende Vermittlung ist es nötig, dass sich die Konferenz und ihre Teilnehmenden in diese Richtung orientieren.

- Es sollte zudem klargestellt werden, dass die Frage von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen nicht allein Sache der Ukraine ist, da es mehrere Konfliktebenen gibt und die Gefahr einer Ausweitung des Krieges bis hin zum Atomkrieg droht.

Diese Organisationen aus dem Bündnis »Stoppt das Töten in der Ukraine« unterstützen die Stellungnahme:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Bund für Soziale Verteidigung, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), International Physic- ans for the Prevention of Nuclear War (IPPNW), Naturfreunde Deutschlands, Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi, Sicherheit neu denken, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion.

7. KSTA: Avi Primor zur Lage in Israel

„Die Mehrheit glaubt Netanjahu kein Wort“

<https://www.ksta.de/kultur-medien/avi-primor-zur-lage-in-israel-die-mehrheit-glaubt-netanjahu-kein-wort-804899>

Avi Primor zur Lage in Israel

„Die Mehrheit glaubt Netanjahu kein Wort“

Von

[Joachim Frank](#)

05.06.2024, 15:55 Uhr

In der Printausgabe des Kölner Stadtanzeiger, 5.6.2024, Seite 19:

„Die Mehrheit glaubt Netanjahu kein Wort“

Israels früherer Botschafter Avi Primor über das Machtkalkül des Premierministers, die Stimmung in seinem Land und den Antisemitismus

Herr Primor, wie schätzen Sie die Aussichten auf einen Erfolg des jüngsten Friedensplans für den Gazakonflikt ein?

Israels Premier Benjamin Netanjahu wird diesem Plan nicht zustimmen, obwohl er es mit US-Präsident Joe Biden mehrfach besprochen hat. Aber das ist typisch für ihn: Er sagt seinen Gesprächspartnern immer das, wovon er meint, dass sie es hören wollen. Und dann tut er das doch, was er will. Das wiederum weiß Biden auch.

Was glauben Sie denn, was Benjamin Netanjahu will?

Wenn man die Diskussion in Israel verfolgt, steht der Premierminister unter massivem Druck seiner rechtsnational-religiösen Koalitionspartner, auch in der Frage des Friedensplans. Der Druck ist vorhanden, das stimmt. Aber er entspricht auch Netanjahus eigener ablehnender Haltung – übrigens nicht nur inhaltlich, sondern auch wegen der gegen ihn laufenden Prozesse.

Der Machterhalt ist hier seine Rückversicherung. Was er unter allen Umständen vermeiden muss, sind Neuwahlen. Die würde er aber nach gegenwärtigem Stand haushoch verlieren – mit einem Stimmenverlust für seine Partei von bis zu 50 Prozent. Dann aber wäre auch die Hälfte der Abgeordneten seiner Partei ihre Sitze in der Knesset los. Das will von denen keiner.

Was bleibt dann noch an Möglichkeiten zur Durchsetzung des Friedensplans?

Die Amerikaner könnten den Druck so erhöhen, dass unserer Regierung keine Wahl bleibt. Israel bekommt nicht nur seine Bewaffnung aus den USA, sondern auch die Munition. Die Munition, verstehen Sie! Wie sollte man ohne Munition noch kämpfen können?

Wie viele Herzen schlagen gerade in Ihrer Brust – als israelischer Bürger und Kritiker der amtierenden Regierung?

Oh je! Die Regierung Netanjahu hat vor dem Terrorüberfall vom 7. Oktober die Lage völlig falsch eingeschätzt. Sie hat die Gefahr, die von der Hamas ausgeht, sträflich vernachlässigt. Ja, sie hat die Hamas im Gazastreifen sogar unterstützt, um damit die Fatah zu schwächen, die im Westjordanland das Sagen hat. Und warum?

Weil das eigentliche Ziel dieser Regierung die Re-Annexion des Westjordanlands ist: „Ganz Judäa und Samaria dem jüdischen Volk“ – das ist die Ideologie, die dahintersteckt. Auch moralisch kann man sich kaum vorstellen, wie tiefgreifend der Schaden ist, den diese Regierung für unser Land angerichtet hat.

Wie beurteilen Sie es in diesem Zusammenhang, dass Israel die Aufforderungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag zur Beendigung der Kampfhandlungen missachtet?

Solange die US-Regierung sich dazu so schmallippig verhält, beeindruckt das unsere Regierung nicht. Die Unterstützung der Vereinigten Staaten für das Haager Gericht ist nicht sonderlich stark. Und das weiß Netanjahu. Den Haag ist ein Problem – wiederum auch und vor allem ein moralisches.

Deshalb werden unsere Juristen auch alles dafür tun, dass es im Hauptverfahren um den Vorwurf des Völkermords nicht zu einer Verurteilung kommt. Was ich im Übrigen auch nicht erwarte. Aber selbst wenn, wird ein solches Urteil keinen Einfluss auf die israelische Politik haben, solange der Rückhalt der USA steht.

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat wegen des Agierens Israels im Gazastreifen einen Haftbefehl gegen den Premierminister und Verteidigungsminister Joav Gallant beantragt. Hinterlässt auch das keine Spuren bei den Beteiligten?

In Israel laufen unbestätigte, aber glaubwürdige Geschichten um, dass Netanjahu schon vor Jahren versucht hat, Den Haag einzuschüchtern. Ähnlich wie er es mit unserem Obersten Gericht seit Jahren tut. Das allerdings bleibt nicht folgenlos. Das Oberste Gericht in Israel ist

nicht so unabhängig und unbeeindruckt vom Druck der Regierung, wie immer behauptet wird.

In seinen Entscheidungen zu den von Israel besetzten Gebieten etwa ist das Gericht sehr zurückhaltend. Daran rührt es nicht, sondern verweist auf eine Militärgerichtsbarkeit in den besetzten Gebieten, die den Namen nicht verdient. Noch existiert das Oberste Gericht – und Netanjahu fürchtet es auch seinerseits. Umso besser kommt ihm der Krieg zupass. Denn auch das Oberste Gericht steht unter dem Eindruck des Überfalls auf Israel und der Notwendigkeit, die Hamas zu bekämpfen.

Noch einmal zu Den Haag...

Auch da hängt die Haltung unserer Regierung letztlich von den israelisch-amerikanischen Beziehungen ab. Die USA haben den IStGH selbst nicht anerkannt. Von daher gibt es hier eine gewisse Sympathie für die Verweigerungshaltung Israels. Folgt Netanjahu Bidens Vorschlägen zur Beilegung des Gazakonflikts, kann er sich der weiteren Unterstützung Washingtons auch an dieser Stelle eher sicher sein.

Wenn er aber auf seiner konfrontativen Linie bleibt – und danach sieht es gerade aus –, dann wird dies das ohnehin gespannte Verhältnis zu Washington weiter belasten, und in der Folge könnten die USA ihre schützende Hand auch in Den Haag weiter zurückziehen. Nicht offiziell, aber faktisch.

Als Kriegsziel hält Netanjahu an der „Vernichtung“ der Hamas fest. Wie sehen Sie das?

Damit spricht er einen bestimmten kleineren Teil der israelischen Bevölkerung an. Die Mehrheit glaubt ihm ohnehin kein Wort mehr. Er macht Propaganda, wie es ihm gefällt. Er gibt inzwischen ja auch keine Pressekonferenzen mehr, weil er keine kritischen Fragen beantworten will.

Wenn Sie ein Beispiel für den hanebüchenden Unsinn haben wollen, den er verbreitet: Er hat einmal gesagt, „wenn die Amerikaner uns keine Waffen mehr geben, dann werden wir mit den Fäusten weiterkämpfen“. Das Milieu, aus dem ich komme, lacht über so etwas. Aber es gibt auch Leute bei uns, die daran Gefallen haben.

In Deutschland wächst die Kritik am Agieren Israels im Gazastreifen. Was raten Sie der Bundesregierung?

Nach allem, was Deutschland über die Jahrzehnte hinweg für Israel getan hat, kann sich die Bundesregierung eine unverblümete Positionierung leisten. Sie sollte selbst keine politischen Schritte gegen Israel initiieren. Das ginge zu weit und stieße in Israel auf breites Unverständnis.

Aber gegen ein koordiniertes Vorgehen Deutschlands mit den anderen europäischen Mächten, vor allem mit Frankreich, und in allererster Linie natürlich mit den USA ist auch vor dem Hintergrund des deutsch-israelischen Verhältnisses nichts einzuwenden.

Verstehen Sie, dass es starke Gefühle der Empathie für die Bevölkerung im Gazastreifen gibt – auch bei denen, die Israel „unbedingte“ Unterstützung im Abwehrkampf gegen die Hamas zugesichert hatten?

Die Israelis in ihrer Mehrheit verstehen Kritik am Vorgehen unserer Armee im Gazastreifen nicht. Sie sehen aber auch nicht, was wir dort tun. Unser Fernsehen zeigt die Gräueltaten nicht. Natürlich könnten die Israelis ausländische Fernsehprogramme verfolgen oder sich im Internet informieren. Aber das geschieht nicht.

Bei uns geht es ausschließlich um das Schicksal der Geiseln und ihrer Familien, der bereits befreiten und der nach wie vor verschleppten. Deren Leid berührt die Menschen in Israel auf die intensivste Weise. Weiter denken sie aber nicht.

Und was sagen Sie zur Gefahr des Antisemitismus in Deutschland?

Es gab und gibt Antisemitismus in Deutschland. Die angestammte deutsche Bevölkerung schätze ich heute nicht antisemitischer gesinnt ein als früher. Das ist beherrschbar. Allerdings sind viele Menschen mit Migrationshintergrund hinzugekommen, oftmals Muslime. Die bringen gegenüber den Juden und gegenüber dem Staat Israel eigene Vorstellungen mit.

Dass man Israel aktuell scharf kritisiert, ist sehr verständlich, weil

es mit der Politik der israelischen Regierung zu tun hat. Wenn sich daran nichts ändert, ändern die Menschen ihre Einstellungen. Ich sehe da einen sehr direkten Zusammenhang und kann dafür auch einschlägige historische Erfahrungen beisteuern.

Woran denken Sie?

Am Beginn meiner Laufbahn im diplomatischen Dienst gehörte Frankreich wegen des Algerien- Kriegs zu den weltweit am meisten verachteten Ländern. Wie hat man damals nicht auf die Franzosen geschimpft! Doch als der Krieg vorbei war, geriet das alles auch sehr schnell wieder in Vergessenheit. Ich glaube, ein Stück wäre es auch so, wenn Israel den Krieg im Gazastreifen beenden würde.

Als „Elefant im Raum“ – also das eigentliche Problem des Nahost-Konflikts, das geflissentlich ignoriert wird – machen Sie die Palästinenserfrage namhaft. Haben Sie noch die Hoffnung, dass es zu einvernehmlichen Lösungen des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern kommt, insbesondere einer Zwei-Staaten-Lösung?

Das hängt davon ab, welche Regierung wir haben werden. Bleibt Netanjahu im Amt, gibt es keine Lösung. Der rechts-religiöse Parteichef Bezalet Smotrich ist in Netanjahus Kabinett ja nicht nur Finanzminister, sondern als zweiter Verteidigungsminister auch für das Westjordan- land zuständig. Jetzt können Sie sich ausmalen, was das bedeutet!

Er lässt die Palästinenser immer weiter unterdrücken – in der Hoffnung, dass sie das Land verlassen. Wohin sie gehen? Egal! Smotrich ermutigt die Siedler zu Angriffen auf die palästinensische Bevölkerung und – soweit er das als Finanzminister unterstützen kann – auch zum Bau neuer Siedlungen.

Sieht niemand, dass diese Politik von heute zum Terror von morgen führen könnte?

Wenn es nach Netanjahu geht, wird sich an dieser Politik nichts ändern. Und im Moment hat er keine Wahlen zu befürchten. Er kann also noch drei Jahre so weitermachen – wenn seine Koalition hält und es keinen Bruch in seiner eigenen Partei gibt.

Das Gespräch führte Joachim Frank

8. IPG: Alon Liel: Mehr als Symbolpolitik

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/mehr-als-symbolpolitik-7541/?utm_campaign=de_40_20240531&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika

31.05.2024

Alon Liel

Alon Liel ist ein ehemaliger israelischer Diplomat. Er war unter anderem als Sprecher und später als Generaldirektor des israelischen Außenministeriums tätig und Teil der israelischen Delegation bei den Vereinten Nationen.

Mehr als Symbolpolitik

Mehrere EU-Staaten erkennen Palästina als Staat an. Deutschland und Frankreich sollten sich schnell anschließen, meint Israels Ex-Diplomat Alon Liel.

Der „7.-Oktober-Krieg“ ist für die israelisch-palästinensischen Beziehungen, aber auch für Israels Allianzen ein strategischer Wendepunkt. Die von der israelischen Regierung vermarktete – und von führenden Politikern des Westens aus Bequemlichkeit übernommene – Vorstellung, die Hamas werde durch Eindämmung und Abschreckung neutralisiert und Israels Integration in die Region sei möglich, ohne dass man sich mit der Palästinenserfrage auseinandersetzt, ist an jenem 7. Oktober in sich zusammengestürzt.

Dadurch ist die Diskussion über die Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung wieder in den Fokus gerückt. Die Ankündigung Norwegens, Spaniens, Irlands und zuletzt Sloweniens, Palästina als Staat anzuerkennen, bringt neuen Schwung in diese Debatte. Wenn

Deutschland in naher Zukunft – idealerweise im Schulterschluss mit Frankreich – den Staat Palästina anerkennen würde, wäre das möglicherweise die Initialzündung für eine Dynamik, die zu einer Anerkennung durch ganz Europa und die Vereinten Nationen und zur lang erwarteten Zweistaatenlösung führen könnte. (...)

Dieser Gaza-Krieg sollte für immer der letzte Krieg zwischen Israel und den Palästinensern bleiben. Dementsprechend muss das Ziel jedes Friedensabkommens eine strategische Koexistenz der beiden Seiten sein, aufbauend auf der Zweistaatenlösung, die mit allen einschlägigen UN-Resolutionen im Einklang steht.

Die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Israel und Palästina muss sich innerhalb der Grenzen bewegen, die das Völkerrecht und die Menschenrechte vorgeben. Diese Grundsätze sind nicht verhandelbar und müssen als grundsätzlicher Rahmen dienen, wenn politisch darauf hingearbeitet wird, die historische Feindschaft zwischen Israelis und Palästinensern in eine tragfähige Koexistenz zu transformieren.

Beiden Protagonisten der Verhandlungen sollte die gleiche internationale Anerkennung zuteilwerden. Der Staat Palästina sollte das Westjordanland und den Gazastreifen umfassen, mit Ost-Jerusalem als offizieller Hauptstadt. Die Grundlage für Palästinas Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen sind Artikel 4.1 und 4.2 der UN-Charta, in denen die Mitgliedschaft geregelt wird. Falls die Palästinenserbehörde die darin festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllt, sollte eine mit Zeitplan versehene Roadmap formuliert werden, an der die Palästinenserbehörde sich bei den nötigen Reformschritten orientieren kann.

Es muss zudem ein politischer Fahrplan festgelegt werden, in dem die Aufgabenstellung für die Verhandlungen und ein Zeitplan für deren Abschluss bestimmt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte gegenüber den Verhandlungspartnern mit Anreizen – aber auch mit Abschreckungsmitteln – darauf hinwirken, dass sie sich im eigenen Land den nötigen Rückhalt für die Verhandlungen sichern können.

Die Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats sollte auf den Prüfstand gestellt und durch eine neue Resolution ersetzt werden, die zwar auf den alten – im Dezember 2016 verabschiedeten – Grundsätzen aufbaut, die aber die seither veränderten geopolitischen Entwicklungen berücksichtigt. Auch die Arabische Friedensinitiative von 2002 sollte aktualisiert werden und den Veränderungen Rechnung tragen, die sich in den vergangenen 20 Jahren in der Region vollzogen haben. Die Kombination aus einer neuen Resolution des UN-Sicherheitsrats und einer Arabischen Friedensinitiative sollte als Grundlage für das diplomatische Vorhaben dienen.

Ein Grund zur Beunruhigung für die israelische Regierung sind im Augenblick die Sanktionen gegen extremistische israelische Siedler, die im Westjordanland Gewalttaten oder Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser verübt haben. In Israel sieht man hier einen Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung Palästinas. In den Augen

des nationalistischen Teils der israelischen Gesellschaft sind die Siedler moderne Pioniere und geradezu Volkshelden.

Dass prominente Siedler nicht mehr uneingeschränkt in befreundete Länder reisen oder Bankkonten eröffnen dürfen, empfinden diese Kreise als internationale Delegitimierung nicht nur der Siedlungen, sondern der israelischen Kontrolle über das Westjordanland insgesamt. Die Sanktionen haben Symbolcharakter, aber sie senden ein wichtiges Signal aus: Die internationale Gemeinschaft darf nicht länger hinnehmen, dass Gewaltakte von Siedlern unbestraft bleiben.

Vor Norwegen, Irland, Spanien und (bald) Slowenien hatten nur vier westeuropäische Länder Palästina als Staat anerkannt: Island, Malta, Zypern und Schweden. Außerhalb Europas dagegen hat die große Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten (140 von 193) Palästina als Staat anerkannt. 2012 wurde Palästina zudem durch die UN-Generalversammlung anerkannt – jedoch nicht als Vollmitglied. Dafür braucht Palästina die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder der UN-Generalversammlung sowie von mindestens 9 der 15 Mitglieder des Sicherheitsrats, wobei keines der fünf ständigen Mitglieder ein Veto einlegen darf. Diese Hürde ist bis heute aufgrund des Vetos der USA nicht zu nehmen.

Die vergangenen sechs Monate haben Israels internationales Ansehen dramatisch verändert. Die Welt steht Israel inzwischen kritischer gegenüber und äußert ihre Unterstützung für die Selbstbestimmung der Palästinenser deutlicher als bisher. Dies könnte in die Frage der Anerkennung der Palästinenser noch mehr neuen Schwung bringen.

Für die amtierende israelische Regierung ist die Tatsache, dass befreundete Staaten den Staat Palästina anerkennen, ausgesprochen beunruhigend. Das Letzte, was die israelische Führung sich wünscht, ist eine völkerrechtlich legitimierte palästinensische Staatlichkeit. Für sie ist diese Vorstellung sicherlich ein echter Alptraum. Dass Israel und Palästina auf der internationalen Bühne den gleichen Rechtsstatus haben sollen, würde aus internationaler Sicht das „Tor zum Frieden“ öffnen, wird aber in Israel als diplomatischer Schlag ins Gesicht empfunden.

(...)

Nach dem Deutschlandbesuch von Präsident Macron sollten Deutschland und Frankreich nun die nächsten sein, die Palästina als Staat anerkennen. Ziel sollte es sein, die Zweistaatenlösung am Leben zu erhalten und den Palästinensern Hoffnung zu geben, dass die Besatzung ein Ende haben werde und ihre Selbstbestimmung Realität werde.

Sonst droht die Gefahr, dass wir in dieselbe Falle tappen wie in der Phase nach dem Osloer Abkommen, als alle Forderungen nach einer politischen Lösung Lippenbekenntnisse blieben. Zudem könnten beide Länder deutlich machen, dass die deutsch-französische Achse intakt und in der Lage ist, die EU wieder zu einem maßgeblichen, dem internationalen Recht verpflichteten Akteur im Nahen Osten zu machen.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

9. Tagesspiegel: "Er hat das sehr clever gemacht":

Wie realistisch ist Bidens Plan für Nahost?

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/biden-prasentiert-neuen-vorschlag-zur-waffenruhe-in-gaza-jetzt-ist-es-nur-eine-frage-des-politischen-willens-11752331.html>

"Er hat das sehr clever gemacht":

Wie realistisch ist Bidens Plan für Nahost?

Seit Wochen kommen die Bemühungen um einen Waffenstillstand in Gaza nicht weiter.

Jetzt überraschte der US-Präsident mit einem neuen Angebot.

Von Maxi Beigang

5.6.2024, 18:34 Uhr

Es war eine kleine Überraschung, als US-Präsident Joe Biden am Freitagabend (deutscher Zeit) einen neuen Vorschlag zu einer möglichen Waffenruhe im Gazastreifen vorstellte. (...)

10. WiWo: Krieg in Nahost

Hamis fordert von Israel Bekenntnis zu Waffenstillstand

<https://www.wiwo.de/politik/ausland/krieg-in-nahost-hamas-fordert-von-israel-bekenntnis-zu-waffenstillstand-/29832960.html>

Krieg in Nahost

Hamis fordert von Israel Bekenntnis zu Waffenstillstand

05. Juni 2024 | Quelle: dpa

Joe Biden hat einen Fahrplan für einen Waffenstillstand vorgelegt - jetzt sind Israel und die Hamas am Zug.

Die News im Überblick:

Die Hamas hält nach eigenen Angaben weiter an ihrer Forderung fest, einem Abkommen zur Beendigung des Gaza-Krieges nur dann zuzustimmen, wenn darin ein dauerhafter Waffenstillstand vereinbart würde. Außerdem müsste sich das israelische Militär vollständig aus dem Gazastreifen zurückziehen, betonte ein Vertreter der terroristischen Organisation bei einer Pressekonferenz gestern Abend in der libanesischen Hauptstadt Beirut.

Sollte sich die israelische Seite nicht auf diese Punkte einlassen, könnte es zu keiner Einigung kommen. Die Hamas warte auf die Antwort der Israelis. Vertreter der Hamas hatten zuvor bereits mehrmals ähnliche Forderungen ausgesprochen.

US-Präsident Joe Biden hatte am Freitag überraschend Details eines Entwurfs für ein Abkommen zur Beendigung des Krieges in drei Phasen präsentiert. Dieser sieht zunächst eine vollständige und uneingeschränkte Waffenruhe von sechs Wochen vor.

In diesem Zeitraum würde eine bestimmte Gruppe von Geiseln freigelassen. Im Gegenzug würden Palästinenser freikommen, die in Israel inhaftiert sind. In der nächsten Phase würden die Kämpfe dann dauerhaft eingestellt und die verbliebenen Geiseln freigelassen. In einer letzten Phase soll dem Entwurf zufolge der Wiederaufbau des

Gazastreifens beginnen.

Weder Israel noch die Hamas haben dem Plan bisher offiziell zugestimmt oder ihn zurückgewiesen. Informationen aus Kairo zufolge ist Ägyptens Geheimdienstchef Abbas Kamel am Mittwoch zu Vermittlungsgesprächen nach Katar gereist. Er soll sich dort mit dem katarischen Ministerpräsidenten und Außenminister Mohammed bin Abdulrahman Al Thani und dem Leiter des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, William Burns, treffen.

Seit Monaten vermitteln Katar, die USA und Ägypten indirekt zwischen Israel und der Hamas, um eine Feuerpause und einen Austausch der Geiseln gegen palästinensische Häftlinge zu erreichen.
(...)

—

11. Connection: 41 israelische Reservesoldat*innen verweigern ihre Beteiligung an der militärischen Invasion von Rafah

<https://de.connection-ev.org/article-4150>

41 israelische Reservesoldat*innen verweigern ihre Beteiligung an der militärischen Invasion von Rafah

Newsletter des Refuser Solidarity Network (RSN)

(02.06.2024)

Hallo, Mattan hier. Ich bin Geschäftsführer von RSN und verbrachte im Jahr 2017 110 Tage im Gefängnis, weil ich mich weigerte, der israelischen Besatzung zu dienen.

Vor zwei Wochen teilte ich unsere Überzeugung, dass eine neue Welle der Verweigerung bevorsteht. Ich habe Sie dringend gebeten, unsere Petition zur Unterstützung israelischer Kriegsdienstverweiger*innen zu unterzeichnen.

Dank Ihnen hat die Petition nun über 1.700 Unterzeichner*innen. Sie haben eine klare Botschaft an die israelischen Verweiger*innen gesendet: „Wir stehen hinter euch“.

Letzten Freitag wurde der erste konkrete Schritt in dieser Verweigerungswelle öffentlich. 41 israelische Reservesoldat*innen

veröffentlichten einen Brief, in dem sie erklärten, dass sie sich weigern, an dem Angriff auf Rafah teilzunehmen und damit unbeteiligte Zivilist*innen, die Geiseln und sich selbst zu gefährden. Im Folgenden finden Sie den vollständigen Text des Briefes:

„Wir sind Reservesoldat*innen, die seit dem 7. Oktober zum Dienst einberufen worden sind. An diesem Morgen erwachten wir zu einem schrecklichen und wahllosen Massaker, bei dem Hunderte von Zivilist*innen ermordet und entführt wurden.

Wir haben uns aus einem tiefen Gefühl der Verpflichtung und Notwendigkeit heraus gemeldet. Wir haben uns an den Kriegsanstrengungen beteiligt, um unsere Heimat zu schützen und die Sicherheit und das Wohlergehen unseres Lebens, des Lebens unserer Familien und des Lebens aller Bürger*innen Israels zu gewährleisten.

Seit über einem halben Jahr befinden wir uns im Kriegszustand und noch immer werden mehr als 120 Menschen im Gazastreifen von der Hamas festgehalten. Das halbe Jahr, in dem wir uns an den Kriegsanstrengungen beteiligt haben, hat uns gezeigt, dass militärische Maßnahmen allein die Geiseln nicht nach Hause bringen werden.

Jeder Tag, der verstreicht, gefährdet das Leben der Geiseln und der Soldat*innen, die sich noch im Gazastreifen aufhalten, und stellt die Sicherheit der Menschen an der Grenze zum Gazastreifen und im Norden nicht wieder her.

Während wir diesen Brief schreiben, hat die Invasion in Rafah begonnen. Diese Invasion gefährdet nicht nur unser Leben und das von unschuldigen Zivilist*innen in Rafah, sondern wird auch die Geiseln – deren Rettung einer der Hauptgründe für unseren Einsatz war – nicht lebend zurückbringen. Es heißt entweder Rafah oder die Geiseln, und wir entscheiden uns für die Geiseln.

Nach der Entscheidung, die Invasion von Rafah einem Geiselabkommen vorzuziehen, erklären wir, die Reservist*innen, dass unser Gewissen es uns nicht erlaubt, uns zu melden, und dass wir nicht dazu beitragen werden, das Leben der Geiseln zu opfern und ein weiteres Abkommen zu torpedieren.

Es ist an der Zeit, sich für das Leben zu entscheiden und alle unsere Bemühungen und Ressourcen in die Aushandlung eines Abkommens zu investieren, das die Geiseln zurückbringt und die Sicherheit des Staates Israel wiederherstellt."

Es ist wichtig, daran zu denken, dass dieser Brief an die Israelis gerichtet ist und eine Sprache verwendet, die im internen israelischen Diskurs Widerhall findet. Als solcher hat er die Macht, Veränderungen herbeizuführen und letztlich dazu beizutragen, die Schrecken in Gaza zu beenden. Eine Verweigerung, egal aus welchen Gründen, hat das Potenzial, den Krieg zu beenden.

Diese Initiative ist der Beginn einer Verweigerungswelle, der weitere folgen werden. Die wachsende Zahl an Verweiger*innen wird den Bedarf an Ressourcen zu ihrer Unterstützung erhöhen.

Wir von RSN starten eine Crowdfunding-Kampagne mit dem Ziel, 30.000 Dollar zu sammeln, um diesen Bedarf in den nächsten sechs Monaten zu decken. Mit der Kampagne werden wir rechtliche und psychologische Hilfe für Kriegsdienstverweiger*innen, die Verstärkung ihrer Stimmen und Unterstützung für ihre direkten Aktionen finanzieren.

Sie haben dazu beigetragen, dass diese Verweiger*innen Stellung bezogen haben, bitte zeigen Sie ihnen weiterhin, dass wir sie unterstützen. Entscheiden Sie sich für eine Spende, wenn Sie können. Jede Spende macht einen Unterschied.

In Solidarität,

Mattan Helman
Geschäftsführer
Refuser Solidarity Network

Mattan Helman, 41 israelische Reservesoldat*innen verweigern ihre Beteiligung an der militärischen Invasion von Rafah. Newsletter des Refuser Solidarity Network (RSN). Gesendet via Email am 2. Juni 2024 und aus dem Englischen übersetzt von Connection e.V.

<https://mailchi.mp/refuser/the-problem-is-not-a-specific-soldier-it-is-the-entire-army-refuser-solidarity-network-17973302>

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoennungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt